

# Riesfaer Tageblatt

Drahtschiff  
Tageblatt Riesfaer  
Fernerstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfaer, des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptzollamts Meissen beständig bestimnte Blatt.

Postkassentor  
Tresden 1530.  
Birokassette  
Riesfaer Nr. 52.

Nr. 168.

Mittwoch, 20. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erklärt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Vanzer & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfaer; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesfaer.

## Reichskanzler von Papen Reichskommissar von Preußen. Ministerpräsident Braun und Minister Severing ihrer Aemter enthoben. Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg. Kabinettskrise in Italien.

### Verordnung des Reichspräsidenten

betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen vom 20. Juli 1932.

Berlin. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

§ 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Königsberg und Berlin, den 20. Juli 1932.

(ges.) von Hindenburg.  
(ges.) von Papen.

### Begründung der Notverordnung.

Berlin. (Funktspruch.) Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Aemter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.

Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine baldige Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden kraft geleitet werden, besteht keine Verfassung, daß kommunistische Umtriebe existieren. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Bevölkerung der Exzessivität, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelt scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige strenge Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unzumutbar erschwert worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die weitverbreitete Zusammenfassung der Wächtertruppen des Reiches und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Beendigung des größten deutschen Landes.

### Brauns und Severings Ablehnung.

Berlin. (Funktspruch.) Zu den Vorgängen, die sich bei dem Erlaß und der Durchführung der heutigen Notverordnung abgepielt haben, erfahren wir noch folgendes: Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskanzler die preussischen Minister Severing, Hirtfelder und Klepper zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Innenministers Severing mitzuteilen, sowie gleichzeitig dem an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preussische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung und er werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen eine mit den Vorschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtmäßig sei. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt.

### Die preussische Regierung.

Berlin. (Funktspruch.) Im Zusammenhang mit den Notmaßnahmen der Reichsregierung wird betont, daß die verfassungsmäßige Selbständigkeit des Landes Preußen und seiner Regierung in keiner Weise angetastet werden solle, daß also die von den Maßnahmen nicht betroffenen Mitglieder der preussischen Regierung ihre Aemter weiter versehen. Eine Erklärung, wie sich diese Minister zu dem Sachverhalt stellen, liegt allerdings bis zur Stunde noch nicht vor; der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder und der Finanzminister Klepper haben sich zwar mit der Stellungnahme Severings bei der Aussprache mit dem Reichskanzler identifiziert, sie sind aber von den Maßnahmen des Reichskommissars nicht betroffen.

### Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funktspruch.) Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Großberlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtelegraphen-, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Befehlshaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer dem im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder an solchen Zuwiderhandlungen ansetzt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 RM. bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen mit dem Tode, bei milderen Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315

Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bekräftigen Verstöße sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Mißdecksführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Mißdecksführer und Widerstand bei Aufruf), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewaffneten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 371) angeführten Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Königsberg und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident (ges.) von Hindenburg

Der Reichskanzler (ges.) von Papen

Der Reichsminister des Innern (ges.) Freiherr v. Seydewitz

Der Reichswehrminister (ges.) von Schleicher.

### Generalleutnant von Rundstedt

Befehlshaber von Berlin und Brandenburg.

Berlin. (Funktspruch.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis, Generalleutnant von Rundstedt.

(ges.) von Schleicher.

### Der Berliner Präsident Grzeffinski tritt zurück.

Sein Nachfolger Polizeipräsident Melcher.

Berlin. (Funktspruch.) Wie wir erfahren, hat sich der Berliner Polizeipräsident Grzeffinski bereit erklärt, seinen Posten an den Chef der Polizei Melcher als seinen Nachfolger abzutreten.

Reichskanzler von Papen empfängt zur Zeit die einzelnen Vertreter der Länder, um mit ihnen die Lage zu besprechen.

Berlin. (Funktspruch.) Wie wir erfahren, hat der kommissarische Polizeipräsident von Berlin Melcher sein Amt heute mittag 12.30 Uhr übernommen. Er wird als ein hervorragender „Beamter der alten Schule“ bezeichnet. Im Vorhof der Reichskanzlei, wo während des Umbaus des Reichspräsidenten-Palais die Ehrenwache postiert ist, ist heute mittag eine größere Abteilung Infanterie zur Verstärkung eingetroffen.

Grzeffinski verweigert Niederlegung seines Amtes.

Berlin. (Funktspruch.) Der bisherige Polizeipräsident von Berlin Grzeffinski hat an den Bevollmächtigten des Reichskommissars Oberbürgermeister Bracht ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er könne Dr. Bracht nicht als Befehlshaber, ihn zu beurlauben und ihm die Ausübung seiner Amtsgeschäfte zu unterlagen. Grzeffinski verbleibe daher auf seinem Posten, da er sich nach seiner Auffassung andernfalls einer Amtspflichtverletzung schuldig machen würde.

### Eine Stellungnahme der bisherigen Staatsregierung.

Berlin. (Funktspruch.) Von der bisherigen preussischen Staatsregierung wird folgende Verlautbarung veröffentlicht: Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

1. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Auffassung der preussischen Regierung der Reichsverfassung.

2. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt, 3. weil die Einsetzung keine nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist, 4. weil der Einsatz andere Zwecke verfolgt.





# Hertha-BSC-Berlin Deutschlands Fußballmeister 30/31 spielt am 31. Juli 1932 gegen den Riesaer Sportverein

**Eintrittspreise:** Im Vorverkauf Erwachsene 0.70, Erwerblose u. Jugend 0.40, Knaben 0.20. Sitzplatzzuschlag 0.30. An der Kasse: Erwachsene 1.—, Erwerblose 0.50. Sitzplatzzuschlag 0.50. Vorvkt: Riesa, Zigarrenh. Antr. Goethestr. 37. Gröba, Zigarrenh. WEZ.

**Feldjämerei**  
**Garbenbänder**  
 Kaufen Sie am besten bei  
**G. Feinig, Bfj. Glaubitz.**

**Waagen-Reparaturen**  
**Nachbildungen**

Riesaer Specialwerkstätten  
 für Waagenbau  
 neben dem Eichamt.  
 Hochmalts feilich eintreff:  
**neue Vollheringe**  
 ff. Schellfisch  
 Kaviar, Fischfilet.  
**Carl Signer, Gröba.**

**Allen Könnern jetzt vollen Nutzen bringen!**  
 denn rücksichtslos sind unsere Preise herabgesetzt!

<b>Damen- und Herren-Hausschuhe</b> Niedertreter, gute Qualität Pant. mit Ledersohlen 2.75 1.55 . . . . .	<b>Herren- und Damen- Segeltuchschuhe</b> weiß u. braun, mit Gummi- sohlen . . . . .	<b>Leder-Dam.-Opanken u. Sandaletten</b> , aparte Modelle, der neuesten Mode entsprechend . . . . .
<b>Modernste Damenschuhe</b> Leinen, in vielen eleganten Modellen, weiß m. schwarz und braun, Lederbesatz . . . . .	<b>Moderne Damenschuhe</b> Leder, Pumps u. Spangenschuhe, schwarz, braun Lack u. feinf., auch Hesseschuhe . . . . .	<b>Herrenschuhe und -Stiefel</b> in schwarz, braun u. Lack viele Modelle, auch Hesse- und Panther-Schuhe 7.90 6.90 . . . . .
<b>Hess-Schuhe</b> außerordentlich günstiges Angebot, nur 1. Qualitäten . . . . .	<b>Auf alle anderen Schuhe 10 % Kinderschuhe ganz besonders billig!</b>	

**Saison-Schluß-Verkauf**  
 Beginn: **Donnerstag, 21. Juli**  
**Besonders günstiges Angebot in Arbeitsschuhen u. -Stiefeln!**  
**Sehen Sie sich vorher die Fenster an!**

## Paul Großmann

**Hohlhuth-Heil-Apparat**  
 zu verkaufen oder gegen Radio zu vertauschen.  
 Zu erf. im Tagebl. Riesa.

**Für die Hälfte**  
 des bisherigen Preises:  
**Rindertwagendecken**  
 ab 1.— Mr.  
**Rindertwagenkissen**  
 ab 1.— Mr.  
**Spielzeug** ab 1.— Mr.  
**Weiße Rinderfedern**  
 ab 1.50 Mr.  
**Rindertwagen-Ruberts**  
 ab 1.50 Mr.  
 jede Anabenkürze nur 1.— Mr.  
 weiße u. bunte Mädchen-schürzen enorm billig.

**Total-Ausverkauf**  
**Adolf Ackermann**  
 jetzt im Laden  
**Goethestraße 53.**

# Capitol Riesa

Ab Donnerstag bis Montag eine große Prämie  
**Es gibt noch Märchen in dieser Zeit**

**Franz Lehars**  
 Tonfilmoperette

**Es war einmal ein Walzer**

MARTHA EGGERTH  
 ROLF v. GOTH-ERNST VEREBES-PAUL HÖRIGER-  
 LIZZI-NATZLER-IDA WÜST-MARCEL WITTRICH

**Es war einmal ein Wien**

Eine heitere Liebesgeschichte aus Wien, der unsterblichen Stadt des Walzers, der Heurigenromantik und beschwingten Fröhlichkeit, umrankt von neuen bezaubernden Melodien des weltberühmten Komponisten.

Vorführungen werktags 7 und 9.15 Uhr, Sonntag 1/5, 7 und 9.15 Uhr. Für Jugendliche erlaubt.

Freitag, den 22. 7. 32, abds. 8 Uhr im Hotel z. Stern  
**Öffentl. Volksversammlung**  
**Warum kämpft Ludendorff für Wahlenthaltung**  
 Redner: J. Prokeisch, Chemnitz.  
 Tannenbergebund e.V., R. Gr. Riesa.  
 Unkostenbeitrag 20 Wfa. — Erwerblose 10 Wfa.

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken allen nur hierdurch herzlich  
 Riesa, im Juli 1932  
**Max Thiele und Frau geb. Rüber.**

**Pa. Sandgurken**  
 Pfund 15 A, 5 Bld. 65 A

**Tomaten**  
 Pfund 25 A, 2 Bld. 45 A

**saure Kirschen**  
 zum Einlegen empfiehlt  
**Paul Pfeifer**

Prima frische  
**Heidelbeeren**  
 zum Einlegen empfiehlt  
 W. Kircken, Braunsf.

**Büdereigrundstück**  
 mit groß. Umland zu kauf. gesucht. Off. mit Angabe der Anzahl unter J 2453 an das Tageblatt Riesa.

**Gehr. schw. Wint.-Deberzieh.**  
 zu kauf. gef. Off. u. F 2450 an das Tageblatt Riesa.

**Meinhaus**  
**Im Saison-Schluß-Verkauf!**  
 Die letzten 3 Tage (Donnerstag, Freitag, Sonnabend) zwecks restloser Räumung  
**Jedes zweite Meter, Stück oder Paar zum halben Preise!**  
 (mit Ausnahme weniger Marken- und Netto-Ware)

<b>Allerfeinste Marocs</b> 100 breit, f. gute Kleider 2.95 das zweite Meter 1.48	<b>Wasch- und Seiden- und Waschmusselin</b> extra billig	<b>Rohwessel</b> , breit schwere Hemden- (Qualit., metr. 40) das zweite Meter 20
<b>Pa. Stangenleinen</b> Bettbezug m. zwei Kissen 6.90 3.45 das zweite . . . . .	<b>Frotteur-Handtücher</b> griffige Qual. 85 A das zweite . . . . . 43	<b>Wochenendhemden</b> gute Qual. 2.95 1.48 das zweite . . . . .
<b>Wachseidene D.-Strümpfe</b> 95 A das 2. Paar 48	<b>Otto Wollgast &amp; Güther</b> Ruf 675 Riesa Hauptstr. 35	<b>Herren-Socken</b> gute Ware neue Must. 65 d. zweite 33

**Rekord der Billigkeit!**

Schönes heil. H. Zimm. als Schlafstelle frei  
**Weihner Straße 1.**

**Saub. möbl. Zimmer**  
 ruhige Lage, Nähe Amtsgericht, ab 1. 8. 32 gefucht. Offerten erb. unt. K 2449 an das Tageblatt Riesa.

**2000 RM.**  
 auf 1. Hypothek gefucht. Angebote unter H 2452 an das Tageblatt Riesa.

**Nettes wirtlich. Mädchen**  
 Anfang 20er, in Stellung, wünscht aufrichtig. Herrn kennen zu lernen. W. Off. u. D 2448 a. d. Tagbl. Riesa.

**Saub. unabh. Frau als Aufwärterin**  
 1/2 Tag gef. Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Gesucht wird sofort  
**ein Metzger und ein jüng. Pferdebesitzer**  
 Bobbit Nr. 19.

**Klein. Kinder-Laufgitter**  
 Klappstühlen u. Grammophon b. a. vert. Vollmannstr. Str. 15, 1 Treppen rechts.

**Führerscheinfreies Motorrad**  
 neu oder wenig gebraucht geg. Kasse zu kaufen gesucht. Angebote unter K 2454 an das Tageblatt Riesa.

**Fast neuer Fotosläufer**  
 roter 4.80 Lg., 1.20 Br., zu vert. Gutenbergr. 10 part. I.

**Morgen Donnerstag Schlachtfest**  
 1/2, 9 Uhr  
 Semmelbrotwürstchen.  
**Ernst Leopold, Parkstr. 23**

**Tägl. frische Seefische.**  
**Clemens Bürger.**

# LANGER & WINTERLICH

**RIESA A. D. ELBE**  
**GOETHESTRASSE 59**

**FERNRUF 20**

**LEISTUNGSFÄHIGE BUCHDRUCKEREI FÜR INDUSTRIE / GEWERBE / HANDEL**

**Saison-Schluß-Verkauf**  
 vom 21. Juli bis 3. August im  
**Schuhhaus Thomas** Goethestr. 86, zw. Freiligrath- u. Bauffert Str.

Jeder Kauf ein Vorteil für Sie!  
 Dem Saison-Schluß-Verkauf nicht unterliegende Schuhw., Preisnachlass **10%**

Anerkannt führende und leistungsfähigste Spezialabteilung für Fußleidende.

# Vertreter

welcher in Riesa u. weit. Umgebung in Gastwirtschaften nachweislich beheimatet ist, wird von Groß-Unternehmen zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen werden unter G 2451 an das Tagbl. Riesa erbeten.

**Kleine Anzeigen**  
 im Riesaer Tageblatt finden schnellste und zweckentsprechende Verbreitung.

**Mein Total-Ausverkauf**  
 findet ab Donnerstag, den 21. Juli im Laden  
**Goethestr. 53 (Haus Fleischerei Lamm) statt**

**Vereinsnachrichten**

**Kriegerverein König Albert**, Donnerstag 8 Uhr Versammlung in der Götterstraße. — Vortrag des Herrn Maxvitar Höfert über „Deutsche Gottesmänner“. Zahlreich erscheinen.

**Saubst.-Verein Riesa-Weida**, Freitag, 22. Juli, abends 8 Uhr Versammlung, Garkhof Seydewitz.

**Ortsgruppe Riesa vom DGB**, Treffen der Frakturfahrer Donnerstag, den 21. 7. 32, 1/9 Uhr Bahnhofshalle.

**Reglerverband Riesa**, Die Bekehrmannschaft Kartet am 24. 7. um 10 Uhr im Großenleberheim zu Leipzig in der Befehung Ruffe, Daake, Fiesche, Seelig, Langsch, Münch, Feind, Berner, Fiedler, Währlich und Becker. Treffpunkt Bahnhof Riesa, Abfahrt 11.33 Uhr.

**Verein der Beamten der vormals Sächsl. Staatseisenbahn**, Sonnabend, 23. 7., 20 Uhr im Bahnhofshotel Riesa Mitgl.-Versammlung. Eing. auch von der Wekseits. Zahlr. Ersch. wird erwartet.

**Haarwuchsmittel**  
 von Hofapoth. Schaefer ohne teure Verpackung  
**Echtes Brunnellhaarwasser 1/2 Ltr. .75**  
**Echt. Birkenhaarwass. Malengold 1/2 Ltr. 1.—**  
 gegen Schuppen, Haarausfall, Kopfschmerzen.  
 Fein parfümiert! Flaschen mitbringen!  
 All.-Verk.: **Med.-Drogerie A. B. Hennicke.**

**Saison-Schluß-Verkauf**  
 beginnt morgen

Zu jeder Dreifache:  
**Rinder-, Damen-, Herrenschuhe**  
**Sandalen, Gamschuhe, Turnschuhe, Arbeits-Stiefel, Schaftstiefel** — Restposten Chantel, weiße Spangenschuhe usw.  
 Auf alle Artikel 10% Rabatt!

**Walke, Bahnhofstr. 9 (kein Laden).**

**Neue Fahrpläne**  
 in Taschenform  
 für Eisenbahn mit Preisverzeichnis für Sonntagsfahrkarten, städt. und staatl. Kraftwagenverkehr, Dampfschiffverkehr  
**Stück 20 Pfg.**  
 zu haben in der  
**Tageblatt-Geldäftsstelle**  
 Riesa, Goethestr. 59

**Adolf Ackermann, Wäschegeschäft**

### Verpaßte Gelegenheit.

Deutschland und Genf.

Nun ist — viel zu wenig beachtet — die Liquidation der mit wenig Hoffnungen aber viel Wut vor einem halben Jahr begründeten Abrüstungskonferenz erfolgt. Diese Liquidation ist in einer Weise vollzogen, wie es nie hätte geschehen dürfen, wenn das Schwerkraft der deutschen Politik in diesem Augenblick auf dem richtigen Schwerpunkt der europäischen Politik gelegen hätte, wenn Köpfe und Kräfte nicht durch die erregenden, aber sinnlosen innerpolitischen Ereignisse in Anspruch genommen gewesen wären.

Die Genfer Abrüstungskonferenz ist damit in zweierlei Sinn eine verpaßte Gelegenheit geworden: für Europa und die Welt insofern, als kaum eines der entscheidenden Ziele der Abrüstungsdebatte erreicht wurde; für Deutschland insofern, als man nicht Gelegenheit nahm, laut und nachdrücklich die Verantwortlichkeiten für dieses Scheitern einer der wichtigsten Konferenzen seit Kriegsende festzustellen.

Denn die Konferenz ist gescheitert, wenn sie auch nur vertagt worden ist. Der Grad der Dilettantigkeit der bisherigen Ergebnisse (die außerdem noch der Ratifizierung durch die betreffenden Regierungen harren): Begrenzung der Tonnage, Verbot der Gas-, chemischen- und Brandwaffen, Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, wird erst erkennbar, wenn man diese Ergebnisse auch nur mit den Forderungen des Feinereits von Deutschland abgelehnten Konventionstexten vergleicht, gar nicht zu reden von den an Stelle dieses Entwurfs von Deutschland erhobenen Abrüstungsforderungen, die neben den nicht ganz so weitgehenden Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Hoover einzig und allein ehrlich der Abrüstungsdebatte dienen wollen.

Nach betrüblicher stellt sich dieser Ausgang des ersten Teils der Genfer Abrüstungskonferenz dar, wenn man bedenkt, daß es Deutschland in Genf erst in zweiter Linie auf die rein materiellen Komplexen der Abrüstung ankommen konnte; daß sowohl hinsichtlich der berechtigten Ansprüche Deutschlands, wie hinsichtlich einer ehrlichen und echten Grundlegung künftiger Abrüstungsmaßnahmen ungleich viel wichtiger die grundsätzliche Anerkennung der uneingeschränkten Gleichberechtigung Deutschlands gewesen wäre. Dieser Gesichtspunkt, der im Interesse der nationalen Geltung Deutschlands am vordringlichsten hätte verteidigt werden müssen, ist überhaupt nicht ernstlich zur Debatte gelangt. Allein man hat es andererseits auch verpaßt, im richtigen Augenblick die einzig mögliche und von den Vorgängern der gegenwärtigen Regierung vielfach präformierte Konsequenz aus der Ablehnung der deutschen Ansprüche zu ziehen. Verpaßte Gelegenheit! Und „was man von der Minute ausgeht, gibt keine Ewigkeit zurück.“

### Die Wirkung des Demonstrationsverbots.

Wie wir hören, stand die Regierung vor der Frage, ob sie wieder ein Uniformverbot erlassen oder ob sie den Ausnahmezustand verkünden sollte. Bei reifer Überlegung ist sich die Regierung dahin schlüssig geworden, das Demonstrationsverbot, also das Verbot für geschlossene Aufmärsche und freie Versammlungen unter freiem Himmel zu erlassen. Sie sagte sich mit Recht, daß die Zusammenkünfte in der Hauptstadt immer infolge oder als Folge von Aufmärschen, also Zusammenballungen vieler Menschen vorkommen und daß weder die Uniform an sich die Schuld daran trüge, noch ein Verbot der Landespolizei festzustellen sei. Nun ist mit diesem Erlaß die Regierung keiner der drängenden Parteien nachgegeben. Dennoch aber wird der Erlaß auch in den Parteien sehr günstig beurteilt. Geschlossene Aufmärsche sind fortan verboten. Die Wahlbewegung wird sich jetzt mehr in geschlossenen Räumen abspielen. Das ist für die Parteien, die keine Massen zu Demonstrationen aufbieten können, erwünscht, denn jetzt können sie mit dem gleichen Nachdruck werden. Man begegnet der Überzeugung, daß die Regierungsmassnahme völlig hinreichend, um die Unsicherheit zu beheben und es zeigt sich denn auch, daß schon der erste Tag nach dem Erlaß bedeutend ruhiger verlaufen ist. Wahrscheinlich sind neue Maßnahmen, obwohl die Regierung, wie wir hören, vor ihnen nicht zurückstehen würde, nicht mehr erforderlich. Man muß anerkennen, daß die Regierung alles vermieden hat, den christlichen Wahlkampf einzuschränken und deshalb eine Parteinahme der Regierung nicht festgestellt werden darf. Daraus ergibt sich aber auch, daß alle Gerüchte, die Regierung bezwecke Maßnahmen, um ihr eigenes Leben zu verlängern, haltlos sind. Gerade jetzt hätte die Regierung mit dem geordneten Ausnahmezustand die Möglichkeit, sich diktatorisch in den Tatzen zu legen. Sie hat das vermieden. Sie will die Wähler entscheiden lassen und wird, wie wir bereits berichteten, dem Ergebnis der Wahl ohne weiteres folgen und zurücktreten, wenn sich eine entgegengesetzte Mehrheitsbildung einstellen sollte.

Auch in parlamentarischen Kreisen wird die Regierung jetzt bereits objektiv beurteilt und man beginnt die guten Absichten der Regierung anzuerkennen. Sie bewegt sich stets in den Grenzen der Verfassung, was sie jetzt wieder dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie über die geplante Straferhöhung für Waffenbesitz und unbefugte Waffenbenutzung zunächst mit den Ländern verhandeln will, um die Gerichtshoheit der Länder nicht zu verletzen. Wie die Länder sich zu diesen Straferhöhungen stellen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Aus unterrichteter Quelle hören wir aber, daß Preußen sich dem Gedanken einer Straferhöhung nicht verschließt, wogegen es gegen die Todesstrafe sich entschieden wenden würde.

Bemerkenswert ist, daß die Reichsregierung der Haltung der preussischen Polizei unbedingte Anerkennung zollt. So habe sie in Altona den Beweis erbracht, daß sie sich für den Schutz der Demonstranten mit allem Nachdruck einsetze. Die Reichsregierung weiß, wie schwer es ist, vorbeugend zu wirken, da sich die Unruhen immer erst aus der Masse ergaben, die Massentendenzungen aber der Regierungsverordnung entsprechen. Mit dem jetzigen Aufmarsch- und Demonstrationsverbot ist der Polizei aller Länder wieder die Möglichkeit geboten, vorbeugend zu wirken. Im übrigen wird bekannt, daß die Regierung einmütig die neue Verordnung des Innenministers gebilligt hat.

### Jetzt 16 Tote in Altona

Altona, 20. Juli. Von den Schwerverletzten der Unruhen am Sonntag ist gestern ein weiterer keinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf insgesamt sechzehn erhöht. Drei weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

# Alliierte Einigung in Genf.

## Deutschland ausgeschaltet.

Genf. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten haben am Dienstag nachmittags eine streng vertrauliche Sitzung abgehalten, an der Simon, Herriot, Dalbo, Gibson und Norman Davis teilnahmen. Zum Schluß der Verhandlungen wurde auch Benesch hinzugezogen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde von amerikanischer und französischer Seite übereinstimmend mitgeteilt, daß zwischen den vier Großmächten eine völlige Einigung über den Text der Vertragsentwässerung bis auf die Frage der Abschaffung der schweren Geschütze erzielt worden sei. Die Streitfrage über das Verbot des Bombenabwurfes sei im französischen Sinne geregelt worden.

Der Text der endgültigen Vertragsentwässerung, die eine Zusammenfassung der verschiedenen Abrüstungsbeschlüsse enthält, ist noch in der Nacht zum Mittwoch den übrigen Abordnungen übermittelt worden. Die vertraulichen Besprechungen zwischen den Großmächten sollen heute Mittwoch vormittags fortgesetzt werden. Der Text der Vertragsentwässerung enthält keinen Hinweis auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung und lediglich die Klausel, daß die Einbringung von Vorschlägen den Mächten vorbehalten bleibt. In heute nachmittags ist der Hauptausdruck der Konferenz einberufen, dem dann der endgültige Text der Vertragsentwässerung vorgelesen werden soll. In leitenden Konferenzkreisen wird erklärt, daß die Verhandlungen im Hauptausdruck würden unter allen Umständen noch im Laufe dieser Woche zum Abschluß gebracht, und die Konferenz werde so dann auf einige Monate vertagt werden.

Die deutsche Abordnung ist trotz der bereits zweitägigen Anwesenheit Herrriots in Genf in die Verhandlungen noch immer nicht eingeschaltet worden. Eine Besprechung zwischen Herrriot und Radowitz ist jedoch für heute Mittwoch vorgezogen. Die deutsche Abordnung ist durch die Einigung

der vier anderen Großmächte vor die Tatsache eines endgültigen Textes gestellt worden. Es besteht sich damit die Vermutung, daß die Großmächte jetzt so schnell wie möglich zu der Grundlage eines allgemeinen Abrüstungsabkommens gelangen wollen, ohne daß hierin eine Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung aufgenommen wird. Die französische Taktik geht immer stärker in der Richtung, auf der Grundlage der Uebereinkunft der vier Großmächte in der nächsten Phase der Konferenz ein endgültiges Abrüstungsabkommen zustande zu bringen, um erst nach der Annahme dieses Abkommens die Gleichberechtigungsforderung im negativen Sinne zu erledigen und hierdurch die deutsche Regierung in die Zwangslage der Verantwortung für den Gesamtantritt der Abrüstungskonferenz zu setzen.

Die deutsche Abordnung hielt am Dienstag mehrfach interne Besprechungen über die Stellungnahme zu der erwarteten Vertragsentwässerung ab. Die deutsche Abordnung steht jetzt vor der außerordentlich ersten Frage, ob eine weitere Mitarbeit an der Konferenz überhaupt noch möglich ist. Es zeigt sich, daß die seit fünf Monaten hinausgezögerte Inangriffnahme der Gleichberechtigungsforderung sich jetzt in verhängnisvoller Weise andeutet. Die Konferenz kann zu einer eindeutigen Stellungnahme zu der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung nur noch dann gezwungen werden, wenn die deutsche Regierung jetzt einen dahingehenden Antrag beim Präsidium der Konferenz einbringt. Ob ein derartiges Vorgehen von deutscher Seite erfolgt, steht aber noch nicht fest.

Der Haushaltsausschuß der Abrüstungskonferenz besuchte sich am Dienstag mit dem deutschen Wehrhaushalt. An die deutsche Abordnung sind von verschiedenen anderen Abordnungen insgesamt 182 Fragen über den deutschen Wehretat gestellt worden, die von der deutschen Abordnung in schriftlicher Form beantwortet worden sind.

# Aufgaben des Reichskommissars für den Arbeitsdienst.

## 55 Millionen Reichsmark stehen zur Zeit zur Verfügung.

Berlin. Der neue Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Präsident Dr. Spruy, stellte sich am Dienstag der Presse vor. Er legte dabei nochmals kurz sein Aufgabengebiet dar. Er erklärte, daß der Arbeitsdienst jetzt nicht mehr ausschließlich eine Beschäftigungsmöglichkeit für die arbeitslose Jugend sei, sondern daß er vielmehr künftig die jungen Deutschen allgemein zu gemeinsamer nutzbringender Arbeit für die Volksgemeinschaft zusammenfassen wolle. Allein von den jungen Männern bis zum 25. Lebensjahre seien heute mehr als eine Million arbeitslos. Deshalb müsse auch die arbeitslose Jugend nach wie vor besonders berücksichtigt werden. Eine weitere wesentliche Wenderung bestehe darin, daß künftig allgemein bei volkswirtschaftlich wertvollen Maßnahmen die Wehrdienstleistungen für die einzelnen Arbeitsfreiwilligen gefördert werden kann, von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt worden ist. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes solle und müsse die ernsthafte Arbeit stehen. Alle Erfahrungen zeigten, daß die Jugend selbst nach praktischer Betätigung ihrer angeeigneten Kräfte verlange. Darüber hinaus solle der Arbeitsdienst mithelfen an der körperlichen und geistigen Erziehung und Hebung. Die Freizeit sei durch sportliche Betätigung, durch geistige Weiterbildung und Förderung der Ideenwelt geeignet auszunutzen. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgedachten Ziele sei die Führung der Führerfrage. Die Jugend wolle keine Vorgesetzten, sondern Menschen mit natürlicher Führerbegabung. Die Herausbildung solcher Führerkräfte betrachte er als seine besondere Aufgabe. Für die Wirtschaft sei von besonderer Bedeutung die Bestimmung, daß auch künftig nur zusätzliche Arbeit in Frage komme. Der Arbeitsdienst dürfe

nicht zu einer Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten des freien Arbeitsmarktes führen. Insbesondere sei es ausgeschlossen, große Projekte, wie den Straßenbau in Deutschland, mit dem freiwilligen Arbeitsdienst zu machen. In den Kosten des Straßenbaues würde der Arbeitsdienst nur die Unterhaltung der Arbeitskräfte beitragen können, womit aber erst 15 bis 20 Prozent der Kosten gedeckt wären. Beim Straßenbau liege die Aufgabe des Arbeitsdienstes darin, Dörfer, Wege zu den Feldern, Verbindungen zwischen Dörfern usw. zu schaffen, wo nicht viel Material, sondern hauptsächlich Arbeit in Frage komme. Die finanziellen Mittel — zur Zeit 55 Millionen Mark — sollen nunmehr in einer Hand zusammengeführt werden. Der Betrag werde ermöglicht, bei einer Förderung bis zu 2 Mark je Kopf und Arbeitstag etwa 90 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Damit würden bis zu Beginn des neuen Haushaltsjahres durchschnittlich 200 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden können. Da am 1. Juli die Zahl der Arbeitsdienstwilligen etwa 70 000 betrug, könne durch die neuen Mittel eine wesentliche Steigerung erreicht werden.

Bei der praktischen Ausführung wird sich der Reichskommissar vor allem auf die verantwortungsvolle Mitarbeit aller bisher im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgreich tätig gemessenen Verbände stützen. Mit ihnen zusammen will er auch auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate den weiteren Ausbau des Arbeitsdienstes prüfen, um dann der Reichsregierung das gemündete Gutachten darüber zu erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland geboten ist.

### Preussischer Staatsrat für Uniformverbot.

Berlin. Im Preussischen Staatsrat entspann sich am Dienstagabend eine umfangreiche politische Aussprache, zu der die Beratung des sozialdemokratischen Antrags, der eine Wiedereinführung des Uniformverbots verlangt, Anlaß gab. Inzwischen hatte auch das Zentrum einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ermahnt, mit allen Mitteln für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen und in diesem Sinne auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Insbesondere wird es als bringend notwendig bezeichnet, daß über die Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- u. Sprengstoffbesitz mit unmissverständlichem Strenge vorgegangen wird. Ebenso hatten die Kommunisten Anträge auf Demonstrations- und Uniformfreiheit für die Arbeiterklasse eingebracht.

Die Aussprache über diese Anträge gestaltete sich außerordentlich erregt. Den sozialdemokratischen Antrag begründete Dr. Meerfeld (Köln), der in äußerst scharfen Ausdrücken heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete. 90 Tote seien seit der Aufhebung des Uniformverbots in Deutschland zu zählen und 1125 Verwundete. Auch das neue Demonstrationsverbot werde die politischen Erfolge nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiter bestehe. Die Arbeitermassen würden zur Offensive übergehen und, wenn nötig, an den Schwändern des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen. — Reichsinnenminister Freiherr von Gunt, der als Mitglied des Staatsrats an den Verhandlungen teilnahm, hatte vor der Rede den Saal verlassen. — Dann sprach ein Vertreter der Kommunisten und als nächster Redner der nationalsozialistische Vertreter Sprenger, der in erregten Ausführungen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners zurückwies, die eine Summe von politischem Sabotismus bedeuteten, wie man ihn selten erlebt habe. Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum seien verantwortlich für die heutigen Zustände. Nach dem 31. Juli werde über die Verbrechen dieser Parteien Gericht gehalten werden. — Präsident Dr. Heinesen bemerkte, die Ausführungen der drei Vorredner hätten so starke Verstöße gegen die Ordnungsbestimmungen des Staatsrats enthalten, daß er die Redner sämtlich zur Ordnung rufe. Im übrigen habe sich gezeigt, daß die Ordnungsbestimmungen verstoßen werden müssen. — Schilling (Str.) erklärte, die Nationalsozialisten hätten nicht das Recht, über Recht und Sitte ein Urteil zu fällen, solange sie in ihren Reihen Nuchthäuser und Verbrecher befänden. Sie trügen ein groß Teil Schuld an der politischen Verwilderung in Deutschland. — Dr. Jarres (Arbeitsgemeinschaft) erklärte, Freiherr von Gunt lehne es ab, im Preussischen

Staatrat Ausführungen zu machen, die als amtliche Stellungnahme gewertet werden könnten. Er gab dann eine Erklärung ab, in der als Ursache der blutigen Zusammenstöße ein planmäßiges kommunistisches Vorgehen bezeichnet wird, gegen das mit allen Mitteln eingeschritten werden müsse. Von der Reichsregierung werden weitere Maßnahmen erwartet. — Bräuer-Altona (Soz.) erklärte, die Reichsregierung müsse alle Mittel einsetzen, um dem Kampf der Parteien wieder eine geistige Basis zu geben.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums mit den Stimmen desentrums und der Sozialdemokraten angenommen, nachdem die Sozialdemokraten ihren eigenen Antrag zurückgezogen hatten. Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt.

### Eugenberg gegen das Zentrum.

#### Eine Wahlrede in Altona a. N.

Altona. Der Führer der DDP, Dr. Eugenberg, hielt gestern hier in einer Wahlversammlung in der Messehalle eine Wahlrede, in der er u. a. seine Pläne einer Verwaltungsreform entwickelte und die Forderung nach einem erblichen Reichertum anstellte.

Durch den Sturz Brüning's, so führte er aus, sei Deutschland einen großen Schritt vorwärts gekommen. Für die jetzige Regierung seien die Deutschnationalen nicht verantwortlich. Mit dem Ergebnis von Lausanne seien sie nicht einverstanden gewesen, denn die Frage der deutschen Wehrhoheit dürfe nicht wieder fallen gelassen werden, sobald man sie aufgeworfen habe; auch hätte man deutsche Zahlungen in einem Augenblick nicht anbieten dürfen, in dem Deutschland unter dem Druck seiner wirtschaftlichen Schulden Zeiten größter Gefahr durchmache. Erneut stellte Eugenberg seine Forderung nach einem erblichen Reichertum für Preußen auf. Dann ging der Redner auf die Frage einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein und erklärte, in der letzten Zeit arbeiteten die Nationalsozialisten so hart mit dem Begriff des Parlamentarismus, daß es dem bange zu Mut würde, der Erfahrungen gesammelt habe. Dr. Eugenberg wandte sich erneut in überaus scharfen Worten gegen den Vorwurf, die Deutschnationalen hätten ihre politische Mitarbeit dem Staate verweigert. Zum Schluß seiner Rede ging Dr. Eugenberg noch einmal auf eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ein und erklärte, daß in einem solchen Falle das Ende der nationalsozialistischen Partei da sein würde. Das sei nicht nur eine Sorge der Nationalsozialisten, sondern auch die Sorge der Deutschnationalen, die ja gemeinsam mit den Nationalsozialisten ein nationales Deutschland aufbauen wollten.















**Hier fanden die Altonaer Straßenkämpfe statt.**  
Ein Blick in die Wartenstraße Ecke Große Johannisstraße in Altona, in der der Straßenkampf besonders heftig tobte. Nach den Unruhen sehen die Bewohner lebhaft disziplinierend in den Straßen, während immer noch Polizeiwagen die Unruhegegend abfahren.



**Die Reichsbankpräsidenten-Attentäter vor Gericht.**  
Die Attentäter auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Dr. Rosen (rechts) und Werner Herrscher (links), sitzen jetzt vor dem Schöffengericht in Moabit.

Die beiden Angeklagten hatten bekanntlich Anfang April auf Dr. Luther kurz vor seiner Abfahrt nach Basel einen Revolveranschlag verübt, um die Augen der Defektheit auf sich zu lenken.



**Ein Schiff als Jugendherberge.**  
In der Nähe von Werder bei Berlin liegt eine schwimmende Jugendherberge, die von der Jugend gern aufgesucht wird.



**Segelflugmeister Groenhoff auf der Rhön.**  
Durch das schlechte Wetter ist der Beginn der Rhön-Segelflugwettbewerbe auf der Bolleruppe um einige Tage verzögert worden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen natürlich die großen Maschinen der bekannten Piloten; so zeigt unser Bild den deutschen Segelflugmeister Gunter Groenhoff, der bei der Montage seines „Rondor“ von einem sachverständigen Publikum umlagert ist.



Bilder links.

**Ein Riefe fällt.**

In einer alten Gasanstalt bei Berlin wurde ein Schornstein umgelegt. Eigenartigerweise brach er aber nicht — wie sonst üblich — in zwei bis drei Stücke, sondern in eine Unzahl von kleinen Ringen, so daß er beim Fallen einen Bogen bildete.



**Eine Deutschlands-Reise für einen Ferienaufsatz.**  
Der 19jährige Amerikaner James Parmelee ist zu einem mehrwöchigen Besuch Deutschlands in der Reichshauptstadt eingetroffen. Er hat diese schöne Reise mit einem Aufsatz in einer amerikanischen Jugendzeitung über das Thema „Warum ich meine Ferien in Deutschland verleben möchte“ gewonnen.

## Ueber die Leipziger Lerchen.

Die „Leipziger“ Lerchen bildeten einst eine große Verbreitung und ihr Ruf als eine „feine Delikatesse“ ging weit über die örtlichen Grenzen hinaus. Sie wurden, wie ein Schriftsteller des 18. Jahrhunderts berichtet, „in viele auswärtige Gegenden, ja an verschiedene Höfe verschickt“. Obwohl der Lerchenfang auch noch an zahlreichen anderen Orten Deutschlands eifrig betrieben wurde, kamen angeblich die hier gefangenen Vögel den Leipziguern an Größe, Güte und Wohlgeschmack niemals gleich. In Eichholzius' im 18. Jahrhundert erschienenen „Tischbuch“ bereits wird dieser Tatzelzeder gedacht. Es heißt dort: „Sie (die Lerchen) ändern sich nach dem Ort und dem Futter, hienamal, wo nur Roggen und Gerste erdaut wird, da bleiben sie klein und mager, auf den Weizenäckern aber, als in Leipzig und Halle, nehmen sie mehr zu am Leibe und werden über die Maßen fett.“ und an einer anderen Stelle wird im gleichen Sinne gesagt: „Sie sind hier so fett und fetter, als an anderen Orten.“ Der Herausgeber der „Miscellanea Saxonica“ vom Jahre 1773, dem „eine Partie Leipziger Lerchen überhandt worden“, bestätigt denn auch, daß diese „gar extra ordinar groß und fett gewesen, so daß zum Braten nicht das mindeste von Butter hierzu nötig war“. Es darf uns daher auch nicht wunder nehmen, daß viele zeitgenössische Schriftsteller sich mit den Ursachen dieser Erscheinung beschäftigten und sie, wie dies ja auch bereits in Eichholzius' Tischbuch geschehen ist, zu erklären versuchten. Nicht eigenartig mutet die Deutung an, die ein ungenannter Verehrer der Leipziger Lerchen in den schon genannten „Miscellanea Saxonica“ gibt, wenn er schreibt, „daß das Fettlein der Lerchen von dem wilden Knoblauch, so bei Halle, Merseburg und Leipzig viel auf den Aedern anzutreffen ist, herkäme und sie so delikat mache; denn solcher wilde Knoblauch mache das Fleisch zart und mürbe, daß das Fett sodann sich besser anlegen und durchwachsen könne.“ Er wird mit seiner Deutung aber wohl ebensovienig recht gehabt haben, wie die vielen anderen auch; die Mehrzahl der gefangenen Vögel war ja gar nicht in der Leipziger Gegend heimatsberechtigt, sondern auf der Wanderung von ihren nördlicher gelegenen Brutplätzen nach dem Süden begriffen. Das Geheimnis von der besonderen Güte der Leipziger Lerchen, soweit sie nicht lediglich nur eine Einbildung war, bestand vielmehr darin, daß für den Versand und Handel „die fettesten und besten ausgesucht, die

mageren und geringeren aber für wenig Geld verkauft werden“, sodas wohl auch die Lerchen anderer Orte den Leipziguern an Güte nicht nachgestanden hätten, wenn man dort in der gleichen Weise beim Versand verfahren wäre. Der Fang der Vögel geschah ausschließlich in der Herbstzeit; er begann im September, erreichte im Oktober seinen Höhepunkt und erfolgte allmählich im November. Eine ausführliche Schilderung der Fangarten gibt Altmeister Raumann in seiner großen „Naturgeschichte der Vögel Mitteleuropas“. Nach Art der Erbeutung der Vögel in Tag- und Nachtzeiten unterschied der Fänger zwischen Tag- und Nachtlerchen, von denen die letzteren die Tagelerchen an Güte und Festigkeit übertreffen sollten und wofür man dann ebenfalls wieder die gezwungensten Erklärungen zu geben versuchte. Der Herausgeber der „Miscellanea Saxonica“ wandte sich daher an den „gelehrten Medicus in Altdresden, Herrn D. Christian Sieg-

mund Wolf“, der dem schwierigen Problem zoologisch beizukommen versuchte. Die Nachtlerche, „so lateinisch proprie Mauda genennet wird, ist größer von Leibe als die Tagelerche, und hält sich allseitig auf den Feldern auf, daher sie auch Feldlerche genennet wird. Sie sitzt niemals auf Bäumen, noch weniger auf Häusern und wird man . . . kein Exempel finden, daß eine Nachtlerche auf einen Tagelherd gelangen worden, dessen Ursache ist, weil sie nicht in den Wald kommen, woselbst die Tagelherde gemeinlich oder nicht weit davon zu finden sein. Die Tagelherden, lateinisch Galartae oder Galitae wegen der Federn, so sie im Singen auf dem Haupte gleich einem Helm aufsetzen, sind ein wenig kleinerer Art, halten sich gemeinlich in den Wäldern auf . . . und werden insgemein Dendelerchen genennet, werden auch öfters mit den Nachtlerchen gefangen“.

Ueber die Mengen der gefangenen Vögel erfahren wir aus den mehrfach genannten „Miscellanea Saxonica“ ebenfalls einiges; im Oktober 1772 wurden in Leipzig nicht weniger als 6724 Schod 1 Wandel, also 403340 Stück eingebracht. Dabei sind aber, so betont der Schreiber ausdrücklich, die bereits im September und auch noch im November gefangenen Vögel nicht mit einbegriffen und außerdem komme auch noch ein großer Teil überhaupt nicht nach Leipzig hinein, sondern würde an Ort und Stelle verwertet, so daß sich die genannte Zahl noch um ein recht Erhebliches erhöhen dürfte. — Zu Anfang des 19. Jahrhunderts mußten für das Schod Lerchen gegen 20 Pfennig Abgabe entrichtet werden; die Stadt Leipzig hatte aus ihr eine jährliche Einnahme von gegen 15000 Mark, was einem Fange von über 5 Millionen (!) Vögeln entsprechen würde. Derartige Massenbrutplätze kommen in unserer Zeit nicht mehr vor.

Heute ist es mit der Herrlichkeit des Lerchenfanges in Deutschland vorüber; in Sachsen wurde durch das Gesetz, die Schonzeit der jagdbaren Tiere betreffend, vom 22. Juli 1876 auch die Lerche von der Liste der jagdbaren Vögel abgesetzt und damit der Jagd und dem Fang unseres Vogels ein für allemal ein Ende bereitet. Wir können uns dessen nur freuen, weil damit ja ein Zustand beseitigt worden ist, der eines Kulturvolkes unwürdig ist und für dessen Bestehen heute noch in südlichen Ländern wir nicht genug Worte der Verurteilung finden können.



**Der Führer des Völkerverbund-Wandschurei-Ausschusses schwer erkrankt.**

Lord Eytton, der Führer der Kommission, die im Auftrage des Völkerverbundes die Zustände in der Wandschurei untersucht, ist plötzlich so schwer erkrankt, daß er seine Reise unterbrechen und in Tsingtau in erstem Zustand an Land gebracht werden mußte.

Zweite Jubiläum-Lotterie  
2. Ziehung 3. Klasse 201. Schf. Landeslotterie  
Ziehung am 19. Juli 1932.

Die Gewinnerliste ist im Anhang zu den Tageszetteln der Lotterie zu finden.

- Die Gewinnerliste ist im Anhang zu den Tageszetteln der Lotterie zu finden. Liste von Gewinnernummern.

- 0197 220 437 (300) 930 559 788 364 917 908 887 889 156 1998  
658 437 220 (300) 321 347 329 323 831 145 705 013 020 211 27  
837 085 (300) 028 711 603 979 (300) 249 828 073 805 771 144 089  
238 610 (300) 407 874 155 808 893 841 181 944 208 481 (300) 00

- 867 743 (300) 988 597 174 731 490 141 706 043 818 76015 611  
434 122 194 121 228  
75679 873 (300) 304 (400) 707 342 (300) 719 875 (300) 872 124  
(300) 309 (400) 510 118 76511 755 584 832 816 811 481 361  
775 471 979 (300) 408000 708 048 883 114 526 781 (300) 478 325  
78418 230 (300) 878 086 234 247 (300) 510 570 79268 797 (300)

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, 21. Juli.  
Berlin - Stettin - Magdeburg.

6.00: Junggymnastik. - 6.20: Musik Leipzig: Frühkonzert. Land-  
manns-Orchester. - 11.30: Musik vom Altonaer Rathaus, Bremen:  
Mittagskonzert. - 12.00-1.00: Musik Frankfurt a. M.: XI. Deut-  
sches Sängerbundesfest, Bannerübergabe auf dem Römerberg. -  
14.00: Langmusik, jedoch kein Jazz (Schallplatten). 15.30: Der  
Herzog von Reichstadt. (Zum 100. Todestag). - 15.40: Zum  
Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. - 16.00: Der  
Schrebergarten. - 16.30: Unterhaltungskonzert. Orchester der  
Deutschen Musikführung. - 17.45: Jugendstunde: Die Oberfeldma-  
 hat einen Sender. - 18.00: Von der bildenden Kunst. - 18.15:  
Mitteilungen des Arbeitsamts. - 18.20: Mandolinorchester-  
konzert. Erster Reichsfürst Mandolin-Club. - 18.55: „Die  
Punkt-Stunde teilt mit...“ - 19.00: Stimme zum Tag. - 19.10:  
Fortsetzung des Mandolinorchester-Konzerts. - 19.35: Pro-  
gramm der Aktualen Abteilung. - 20.00: Die Rückkehr zur Na-  
tur. (Nach dem Roman von Paul Fechter). - 21.00: Aus der Felt-  
ball-Frankfurt a. M.: XI. Deutsches Sängerbundesfest. - 21.40:  
Zeilanlage um. - Anschließend bis 0.30: Musik aus dem Bata-  
reit: Langmusik, Kapelle Sib Raps Fellows.  
Königsruferbauern.  
3.45: Wetterbericht. - 6.00: Junggymnastik. - 6.15: Wie-  
derholung des Wetterberichts. - Anschließend bis 6.00 Uhr: Früh-  
konzert. - 10.00: Neueste Nachrichten. - 12.00: Wetterbericht. -  
Anschließend: Schallplatten-Konzert. - Anschließend: Wiederhol-  
ung des Wetterberichts. - 13.35: Neueste Nachrichten. - 14.00:  
Konzert. - 15.00: Gehörgang für deutsche Volkssänger. - 15.30:  
Wetter- und Berichtsberichte. - 15.45: Frauenstunde: Altersfö-  
rger als Salenarbeit. - 16.00: Pädagogischer Rundfunk: Die Bewe-  
gungsfreiheit auf der Oberstufe der höheren Schule. - 16.30:  
Uebertragung des Nachmittagskonzerts aus Berlin. - 17.30:  
Deutschtänze mit schillernden Interzessen im ostasiatischen Raum. -  
18.00: Querschnitt durch zeitgenössische Volksmusik. - 18.30: Hoch-  
schulfunk: Wahrheitlichkeit und Kaufkraft. - 18.55: Wetter-  
bericht. - 19.00: Aktuelle Stunde. - 19.20: Stunde des Land-  
manns. Die Rolle des Humors im Haushalt des Mannes. - 19.30:  
Aus dem Central-Hotel (Burgenland): Unterhaltungsmusik. Kapelle  
Ernst Fichtel. - 20.00-21.00: Berliner Programm. - 21.40:  
Afrkanische Vision. - 22.00: Wetter-, Ton- und Sportnach-  
richten. - Anschließend: Berliner Programm.



Herr Dentist  
Ihre Patienten werden ungeduldig.  
Wenn Sie so lange ohne interessante Lektüre warten  
müssen. Warum abonnieren Sie denn nicht einige  
Reihenexemplare des Nie Laer Tagesblatt für Ihren  
Wartezimmer? Das ist erstens billig und zweitens:  
Guter Dienst am Kunden.

Napoleon Franz, Herzog von Reichstadt.

Zur 100. Wiederkehr seines Todestages  
1832 - 22. Juli - 1932.  
Eine historische Skizze  
von Johannes Thomas, Nien.

Über dem Leben all der Persönlichkeiten aus der Um-  
gebung Kaiser Napoleons I. hat wohl bei keiner die  
Traurigkeit gelegen, welche das Leben des jungen Napoleon  
Franz, - des Sohnes Napoleons I. aus seiner Ehe mit der  
Kaiserin Maria Louise, Kaiserlichen Prinzeßin und  
Tochter Kaiser Franz I. von Österreich, - den man in  
seinen späteren Lebensjahre zum Herzog von Reichstadt  
ernannte, ausgefüllt hat. Weißt das außerordentlich  
schwere Geschick Napoleons I. kann nicht mit dem seines  
Sohnes verglichen werden, da es völlig anders im Auf-  
bau und in seiner Auswirkung zur Zeit der mächtigsten  
Regierungsperiode des Kaisers war und das infolgedessen  
auch einen, der komischenartigen Lebensbahn Napoleons I.  
und seiner fast überall erfolglos wirkenden Tätigkeit ent-  
sprechenden Ausklang beinahe mit Notwendigkeit ent-  
nehmen mußte. Das Leben des jungen Prinzen hingegen  
ist, vom Gesichtswinkel der Menschlichkeit aus betrachtet,  
ohne jeden zwingenden inneren und äußeren Grund, ledig-  
lich aus politischen Motiven so zerstückt worden, daß man  
mit Rücksicht auf die in allen Menschenherzen Mitgefühl  
und Mitleiden erweckende Jugend des Prinzen als furcht-  
baren Seelenmord bezeichnen möchte, was sich hierzu die  
feinerzeit dominierende Ansicht eines Staatsmannes wie  
Metternich geleistet hat. Das Leben des Prinzen Napoleon  
Franz ist mehrfach Gegenstand dichterischer, wie auch wis-  
senchaftlicher Arbeiten gewesen. Gleich nach dem Tode des  
jungen Herzogs von Reichstadt verfaßte ein Graf Montbell,  
der ein Minister König Karls X. von Frankreich gewesen,  
nach der Julirevolution von Paris aber nach Wien ge-  
flohen war, eine Art Lebensskizze des jungen Prinzen;  
diese muß jedoch bei näherer Betrachtung als ganz unver-  
dientliche Rehabilitierung Metternichs angesehen werden,  
und wertvolle Kenner dieser gausen Literatur um jene Ge-  
schichtsepochen behaupten von dem gräf. Montbellischen

Geschichtsbuch, daß dies als ein gewissenlos verlogenes  
Werk anzusprechen ist. Ueberhaupt ist es erst nach der  
Definition der österreichischen Geheimarchive im Jahre 1918  
dem verdienstvollen Wiener Historiker Viktor Wolf möglich  
gewesen, nach uneingeschränkter Benutzung allen in Ver-  
trag kommenden Materials die volle Wahrheit über des  
jungen Prinzen Leben zu errörtern. Das traurige Los  
dieses jungen Fürsten hat die Nachwelt selbst bis in den  
heutigen Tag hinein tief ergriffen.  
Der Prinz wurde von Maria Louise, der zweiten Gat-  
tin des Franzosenkaisers, am 20. März 1811 in Paris ge-  
boren. Bei seiner Taufe erhielt er die Namen Napoleon  
Franz Joseph Karl. Sein Vater verlieh ihm sofort den  
Titel eines „Königs von Rom“. Für Napoleon I. war die  
Geburt dieses Prinzen ein lang ersehntes Glück. Kein  
Wunder, wenn die frischeste Jugend des Kleinen in Poms,  
Pfund und allen erdenklichen Genuß gekostet wurde. Man  
sagt dem Kleinen nach, daß er ein schönes, temperamen-  
volles Kind gewesen sei, daß sich im Fluge die Herzen aller  
erobert habe. Zu letzterem haben sicher auch die Anord-  
nungen des Kaisers über das äußere Leben des Prinzen  
beigetragen, dem überall bei seinem Erscheinen königliche  
Ehren erwiesen werden mußten. Suchte der zweijährige  
Prinz im trübseligen Kinderstube die Gemächer seines  
kaiserlichen Vaters in den Tuilerien in Paris auf, so  
bahnte ihm der Fürstliche mit dem Ausruf: „Sa  
majesté de Rome“ den Weg ins Schloß.  
Napoleons I. Familienglück sollte indessen nicht lange  
währen. Wir wissen vom Untergang des kaiserlichen  
Waffenglücks in der Oktoberrevolution 1813 bei Leipzig; wir  
wissen auch, daß die Verbündeten den Kaiser in Frankreich  
selbst bestrafen wollten.  
Am 25. Januar 1814 verabschiedete sich Napoleon I. in  
Paris von Weib und Kind - um beide nach des Schicksals  
Fügung nie mehr wiederzusehen.  
Maria Louise selbst ist es nach Napoleons Mißgeschick  
im März 1814 gewesen, die nun für sich und den kleinen  
Prinzen um eine Zuflucht am Hofe ihres Vaters in Wien  
bat. Am 21. Mai 1814 trafen beide auf dem schönen Schloße  
Schönbrunn bei Wien ein - und nun begann eine systema-  
tische Vergewaltigung der Gedankenwelt des jungen Prin-  
zen, der vom ersten Tage seines Wiener Aufenthalts an  
unter strengster Polizeiaufsicht stand. Vor allem suchte  
man jede Erinnerung an seinen Vater und an Frankreich  
in ihm auszulöschen. Es war Metternichs Angst, die sich  
hinter all dieser und den kommenden Härten gegen den  
Prinzen verbarg, die Angst vor dem neuen Ausflackern  
einer Revolution in Paris und bevor, daß man in dem  
jungen Napoleon dort drüben den Anhaltspunkt der Dona-  
partisanen erblickte.  
Napoleons I. Bemühungen, seine Familie wieder um  
sich zu fassen, scheiterten auch nach den Hundert Tagen von  
1815 gründlich. Maria Louise wollte selbst nicht mehr zu ihm  
zurück; sie trennte sich auch bald von ihrem Sohne, um  
später mit dem Grafen Neipperg ein recht merkwürdiges  
„Familienglück“ zu führen.  
Des jungen Prinzen Tage wurde inzwischen immer  
trübseliger. Von Schönbrunn brachte man ihn zu größerer  
Sicherheit nach Wien in die Hofburg, endlich sein franzö-  
sches Gefolge endgültig, berandete ihn der Thronfolge von  
Parma, Placenza und Guastalla (Schluß der Mächte vom  
10. 6. 1817 in Paris), entehrte ihn völlig und verbannte ihn  
damit an politische Bedeutungslosigkeit. Der solche  
einzig König von Rom und Prinz von Parma war eine

in Samt und Seide geküllte Puppe geworden, der man  
zwar den Hof-Rang unmittelbar nach den kaiserlich-öster-  
reichischen Prinzen und den nichtisgläubigen Titel eines  
Herzogs von Reichstadt (nach der nordböhmischen Stadt nahe  
unserer sächs. Grenze) verliehen hatte, sonst aber fast  
keinerlei Macht hinter dem jungen Herzog, dessen Herzog-  
tum überhaupt nicht existierte.  
Konsequent nach Metternichschem Willen führte der  
Wiener Erzieher des Herzogs, Moriz Graf Dietrichstein,  
die Auslöschung aller französischen Ideen durch; jedoch nicht  
immer mit dem erhofften Erfolge, da der Herzog ihm mit  
seinem hartnäckigen Wunsch, kein Deutscher zu sein, son-  
dern ein Franzose zu bleiben, die größten Schwierigkeiten  
bereitete. Der Strenge wegen, die man in Hoffkreisen gegen  
ihn anwandte, und wohl auch um seiner Schönheit willen  
wurde Herzog Franz, wie er nun genannt ward, der Ab-  
gott der Wiener.  
Viele Geschichten wurden um diesen Jüngling in Um-  
lauf gesetzt, wovon aber eine nur ernst zu nehmen ist:  
Napoleon Franz wollte zurück nach Frankreich, um den  
Thron seines Vaters und dessen Kaiserreich wieder aufzu-  
richten. Köstliche Herrschucht poarte sich mit habsburgischem  
Geist in dem Sohne Napoleons I. (Nach Freiherr v. Genz:  
Briefe an Johann v. Sier). Natürlich bilien Metternich  
diese Gedanken nicht verborgen; er quittierte den militä-  
rischen Tatendrang des Herzogs damit, daß er ihm sehr spät  
erst militärischen Rang und eine Verwendung (unter Auf-  
sicht natürlich) in der österreichischen Armee zuteil  
werden ließ. Dies erhöhte den Haß immer mehr, den der  
junge Fürst gegen den damals allmächtigen Staatsmann  
und gegen alle und alle empfand, die mit ihm irgendwie  
in Verbindung standen. Auch seine eigene Mutter fing der  
Herzog nach Kenntnis von deren Keiperischer Meda-  
lliance an zu hassen und zu verachten; - nach dem großen  
Adler hatte sie sich einer Kränze hingeküßt.  
Nach seinem 20. Lebensjahre fing der Prinz, der in-  
zwischen zum Hauptmann befördert worden war, an zu  
fränkeln. Es stellten sich Komplikationen der Lungen her-  
aus, die hätten geheilt werden können. Metternich hatte  
aber dafür kein Verständnis; dem Prinzen blieb eine ent-  
sprechende gesundheitsfördernde Behandlung verweigert. Und  
so starb er in seiner Jugend schon einem baldigen Tod ent-  
gegen, der im Schloße Schönbrunn am 22. Juli 1832 ein-  
trat. Ohne Freund, ohne Liebe war des Prinzen Leben,  
von dem er selbst einmal kurz vor seinem Tode gesagt hat:  
„Meine Geburt und mein Tod sind meine ganze Geschichte.“  
Niemals gelassen nahm Maria Louise die Nachricht von  
dem Ableben ihres Sohnes auf; sie fand es nicht nötig, an  
seinem Sterbelager zu weilen, sondern traf erst einige Tage  
nach dem Tode des Prinzen in Wien ein.  
Es gibt auch solche Mütter!  
Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht vom  
Tode des jungen Herzogs in alle Welt, und da erst sah man  
deutlich, wie vor allem Frankreich an diesem Sohne Napo-  
leons I. gehangen hat. In Paris sagte man später, mit  
Napoleon II., dem Herzog von Reichstadt, starb der gute  
Geist Frankreichs!  
Im Schloße Schönbrunn wird noch heute die Wiege  
des Königs von Rom gesetzt - ein Brunkstück jener Tage;  
in der Kapuzinergruft aber, dem Erbgrabnis der Habs-  
burger, liegt zu den Füßen seines österreichischen Groß-  
vaters, Kaisers Franz I., in einem feineren Terge die sterb-  
liche Hülle des zu Lebzeiten so aequativen Franz, Herzogs  
zu Reichstadt.